



Zeichenerklärung

Planungsrechtliche Festsetzungen gemäß §9 (1) bis (3) und (7) BauGB

- Fläche für die Abfallentsorgung und Abwasserbeseitigung
- Fläche für die Landwirtschaft und Wald
- Öffentliche Grünfläche
- Private Grünfläche
- Wasserfläche
- Fläche für die Wasserwirtschaft
- Wald

Art und Maß der baulichen Nutzung gemäß §9 (1) BauGB

WR	Reines Wohngebiet	S3 BauNVO
WA	Allgemeines Wohngebiet	S4 BauNVO
WB	Besonderes Wohngebiet	S4 BauNVO
MD	Dorfgebiet	S5 BauNVO
MI	Mischgebiet	S6 BauNVO
MK	Kerngebiet	S7 BauNVO
GE	Gewerbegebiet	S8 BauNVO
GI	Industriegebiet	S9 BauNVO
SO 1	Sondergebiet (Zweckbestimmung siehe Einschrieb)	S10 BauNVO
SO 2	Sondergebiet (Zweckbestimmung siehe Einschrieb) zwingend	S11 BauNVO
II	Höchstgrenze	Zahl der Vollgeschosse S16(2) BauNVO
II-III	Mindestgrenze-Höchstgrenze	
0,4	Grundflächenzahl	SS16(2), 17(1) und (2) BauNVO
0,8	Geschoßflächenzahl	SS16(2), 17(1) und (2) BauNVO
GR	Grundfläche	
GF 500qm	Geschoßfläche	S16(2) BauNVO
BM 900cbm	Baumasse	
TH	Traufhöhe	Höhe baulicher Anlagen-Höchstgrenze SS16(4), 18 BauNVO
FK	Firsthöhe	
OH	Oberkante	

Bauweise, Baulinie, Baugrenze, Stellung der baulichen Anlagen

- offene Bauweise
- nur Einzelhäuser zulässig
- nur Doppelhäuser zulässig
- nur Einzel- und Doppelhäuser zulässig
- nur Hausgruppen zulässig
- nur Doppelhäuser und Hausgruppen zulässig
- geschlossene Bauweise
- abweichende Bauweise
- Baulinie
- Baugrenze

Größe, Breite und Tiefe der Baugrundstücke (Die Zahlenwerte sind Beispiele)

- 300m Mindestgröße
- 5m Mindestbreite
- 30m Mindesttiefe
- 800m Höchstgröße
- 30m Höchstbreite
- 14m Höchsttiefe

Fläche für den Gemeinbedarf sowie für Sport- und Spielanlagen und für besondere Nutzungszwecke von Flächen

- Fläche für den Gemeinbedarf (Zweckbestimmung siehe Einschrieb)
- Fläche für Sport- und Spielanlagen (Zweckbestimmung siehe Einschrieb)
- Verkehrsfläche
- Straßenverkehrsfläche
- Straßenbegrenzungslinie (Die Straßenbegrenzungslinie erfüllt, wenn sie mit Baulinie oder Baugrenze zusammenfällt)
- Verkehrsfläche besonderer Zweckbestimmung z.B. öffentliche Parkfläche, Fußgängerbereich, Fuß- und Radweg (Zweckbestimmung siehe Einschrieb)
- Öffentliche Parkfläche
- Fußgängerbereich
- Mit Geh- (G) und Fahrrechten (F) zu S9(1)21 BauGB belastende Flächen (Beginntafel siehe Einschrieb)
 - a) der Stadt Hamm
 - b) der Allgemeinheit
 - c) der Anlagen
 - d) der Stadtwerke

Verkehrsflächen

- Ein- bzw. Ausfahrten und Anschluss anderer Flächen an die Verkehrsfläche
- Einfahrt/Ausfahrt
- Einfahrtsbereich
- Ausfahrtsbereich
- Bereich ohne Ein- und Ausfahrt

Flächen für Aufschüttungen, Abgrabungen und Stützmauern, sowie zur Herstellung des Straßenkörpers erforderlich sind

- Aufschüttung
- Abgrabung
- Stützmauer

Versorgungsfläche, Fläche für die Abfallentsorgung und Abwasserbeseitigung, sowie Führung von Versorgungsanlagen und -leitungen

- Versorgungsfläche (Zweckbestimmung siehe Einschrieb)
- Trafostation
- Gasdruckreglerstation
- Mülltonnenstandplatz
- Mit Leitungsrechten (L) zu belastende Flächen (Beginntafel siehe Einschrieb)
 - a) der Stadt Hamm
 - b) der Allgemeinheit
 - c) der Anlagen
 - d) der Stadtwerke

Grünflächen, Wasserflächen sowie Flächen für die Landwirtschaft und Wald

- Anpflanzen von Bäumen
- Anpflanzen von Strüchern und sonstigen Bepflanzungen
- Umgrenzung von Flächen zum Anpflanzen von Bäumen, Strüchern und sonstigen Bepflanzungen, sowie von Gewässern
- Erhaltung von Bäumen
- Erhaltung von Strüchern und sonstigen Bepflanzungen

Flächen für Stellplätze und Garagen und für Gemeinschaftsanlagen

- Umgrenzung von Flächen für Stellplätze und Garagen
- Stellplatz
- Garage
- Tiefgarage
- Umgrenzung von Flächen für Gemeinschaftsanlagen
- GSt Gemeinschaftsstellplätze
- GGo Gemeinschaftsgaragen
- TGGa Tiefgemeinschaftsgaragen
- TGGa+STP Tiefgemeinschaftsgaragen+Stellplatzpalette

Immissionsschutzfläche

- Umgrenzung der von der Bebauung freizuhaltenden Schutzflächen und ihre Nutzung im Sinne des Bundesimmissionsschutzgesetzes (Zweckbestimmung siehe Einschrieb)
- Flächen für besondere Anlagen und Vorkehrungen zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen
- Lärmschutzwand
- Lärmschutzvorkehrungen durch bauliche Elemente
- Lärmschutzvorkehrungen (passiv) entsprechend den Festsetzungen in Textform

Sonstige Festsetzungen

- Umgrenzung der Flächen, die von der Bebauung freizuhalten sind, und ihre Nutzung (Zweckbestimmung siehe Einschrieb)

Bezeichnung gemäß §172(1) BauGB

- Umgrenzung von Erhaltungsbereichen (siehe auch Festsetzungen in Textform)

Auf landesrechtlichen Regelungen beruhende Festsetzungen gemäß §9 (4) BauGB

Örtliche Bauvorschriften S86(1) BauONW

- FD Flachdach
- SD Satteldach
- WD Walmdach
- MD Mansarddach
- PD Pultdach
- Dachneigung, z.B. 30°
- Hauptfirstrichtung

weitere Festsetzungen siehe örtliche Bauvorschriften in Textform

Regelungen nach §6(4) DSchG

- Umgrenzung eines Denkmalbereiches

Nachrichtliche Übernahme gemäß §9(6) BauGB

- Einzelanlagen, die in die Denkmalliste eingetragen sind
- Umgrenzung des Sanierungsgebietes S142(3) BauGB
- planfestgestellte Bahnanlage

Sonstige Darstellung (keine Festsetzungen)

- Aufteilung des Straßenquerschnittes
- Verkehrsgrün
- Vorschlag zur Grundstücksteilung
- Standplatz für vorübergehendes Abstellen von Müllgefäßen

Bestand

- Wohngebäude
- Wirtschaftsgebäude oder Garagen
- Zahl der Vollgeschosse
- 62,14 Höhenangabe über NHN
- Baum

Kenzeichnung in Textform gemäß §9(5) BauGB

Unter den im Geltungsbereich liegenden Flächen geht der Bergbau an.

Textliche Festsetzungen gemäß §9 (1) und (2) BauGB

Art und Maß der baulichen Nutzung gem. §9 (1) Nr. 1 BauGB

- In allen allgemeinen Wohngebieten WA 1 bis WA 3 sind gem. § 1 (6) Nr. 2 BauNVO die nach § 4 (2) Nr. 3 BauNVO zulässige Nutzung von Anlagen zu sportlichen Zwecken sowie die nach § 4 (3) Nr. 3, 4, 5 BauNVO ausnahmsweise zulässigen Nutzungen der Anlagen für die Verwaltung, Gartenbaubetriebe und Tankstellen unzulässig.
- Gemäß § 16 (3) BauNVO darf in den allgemeinen Wohngebieten WA 1 und WA 2 eine Traufhöhe (Traufe = Schnittkante zwischen Außenfläche aufgehendes Mauerwerk und fertiger Dachhaut) von 4,50 m über der Höhe der Oberkante der das jeweilige Gebäude erschließenden fertig gestellten öffentlichen Verkehrsfläche nicht überschritten werden.
- Gemäß § 16 (3) BauNVO darf im allgemeinen Wohngebiet WA 3 eine Traufhöhe (Traufe = Schnittkante zwischen Außenfläche aufgehendes Mauerwerk und fertiger Dachhaut) von 5,50 m über der Höhe der Oberkante der das jeweilige Gebäude erschließenden fertig gestellten öffentlichen Verkehrsfläche nicht überschritten werden.
- Zulässigkeit der Anzahl von Wohneinheiten
4.1 In den festgesetzten allgemeinen Wohngebieten WA 1 und WA 3 ist gemäß § 9 (1) Nr. 6 BauGB je Einzelhaus max. 1 Wohneinheit zulässig. Ausnahmsweise ist eine 2. Wohneinheit zulässig, wenn die Größe der 1. Wohnung mindestens gegenüber der 2. Wohnung (Einliegerwohnung), im Verhältnis 2/3 zu 1/3, überwiegt.
- 4.2 In dem festgesetzten allgemeinen Wohngebiet WA 2 sind gem. § 9 (1) Nr. 6 BauGB je Einzelhaus und je Doppelhaushälfte nur 1 Wohneinheit zulässig. Ausnahmsweise ist bei der Errichtung von Einzelhäusern eine 2. Wohneinheit zulässig, wenn die Größe der 1. Wohnung mindestens gegenüber der 2. Wohnung (Einliegerwohnung), im Verhältnis 2/3 zu 1/3, überwiegt.

Anpflanzen von Bäumen, Strüchern und sonstigen Bepflanzungen gem. §9 (1) Nr. 25 BauGB

- Werden Garagen oder sonstige Gebäude mit Flachdach errichtet, so ist dieses mit einer extensiven Dachbegrünung auszuführen. Carports sind nach rankenden oder schlingenden Pflanzen dauerhaft zu begrünen.

Örtliche Bauvorschriften gemäß §86 (1) und (4) BauONW

Gestaltung unbebauter Flächen bebauter Grundstücke

- Die Oberflächen von Hofflächen, Garagenzufahrten, Stellplätzen oder Fußwegen sind mit wasserdurchlässigen Materialien (Rasenkammersteine, Rasengittersteine, o.ä.) zu gestalten.

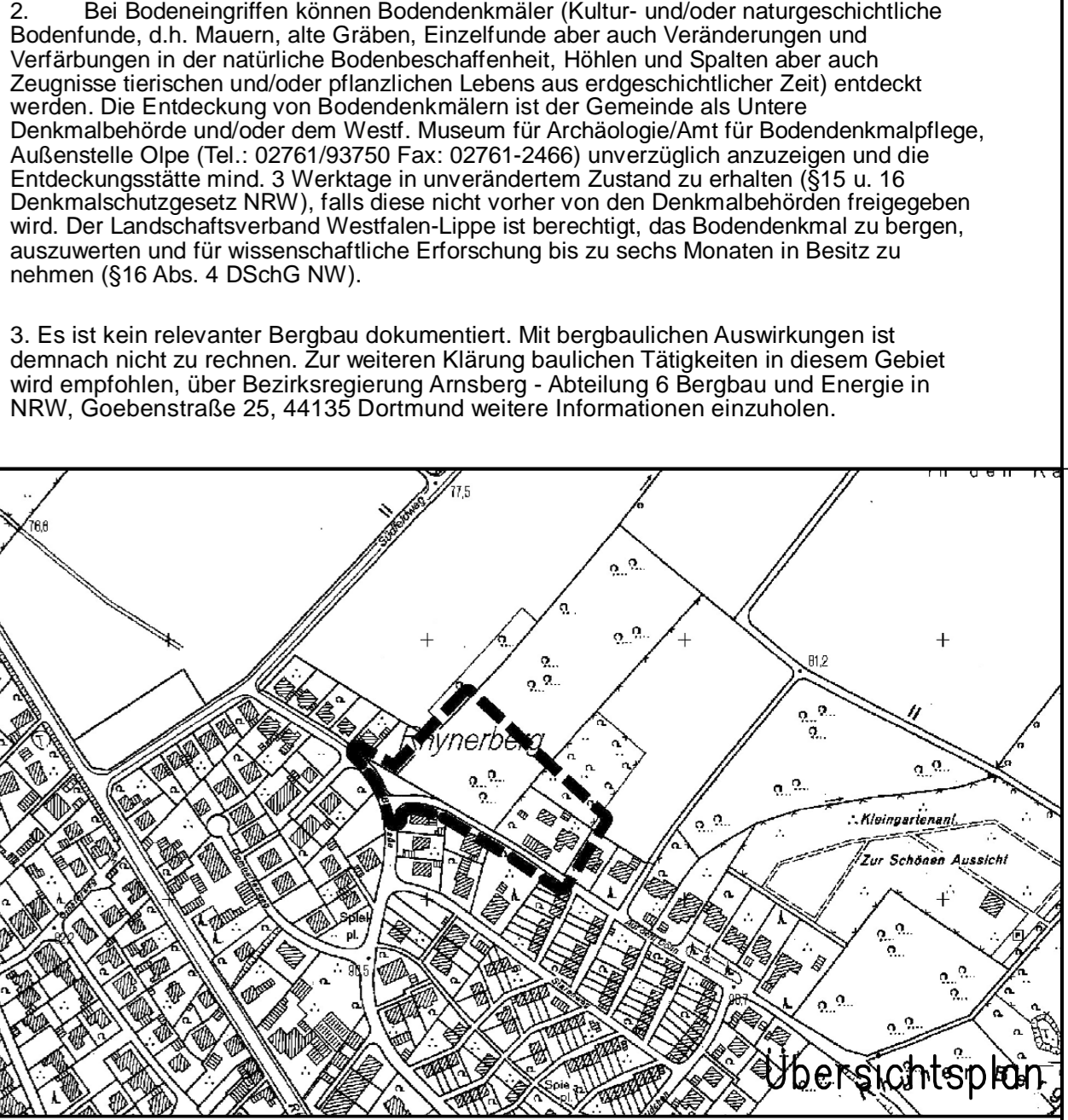
Einfriednungen

- Einfriednungen, zu der Straße auf dem Döhn die eine Höhe von 1,00 m über der Oberkante der angrenzenden Verkehrsfläche überschreiten, müssen einen Abstand von mind. 0,50 m zur öffentlichen Verkehrsfläche einhalten. Alle Einfriednungen, ausgenommen Hecken und lebende Gehölze, sind zur öffentlichen Verkehrsfläche dauerhaft in voller Höhe einzuzäunen.

Hinweise:

- Gemäß §51a Landeswassergesetz ist das Niederschlagswasser von Grundstücken, die nach dem Januar 1996 erstmals bebaut, befestigt oder an die öffentliche Kanalisation angeschlossen werden, vor Ort zu versickern, zu verrieseln oder ortsnah in ein Gewässer einzuleiten, sofern dies ohne Beeinträchtigung des Wohls der Allgemeinheit möglich ist. Die dafür erforderlichen Anlagen müssen den jeweils in Betracht kommenden Regeln der Technik entsprechen.
- Bei Bodeneingriffen können Bodendenkmäler (Kultur- und/oder naturgeschichtliche Bodenfunde, d.h. Mauern, alte Gräben, Einzelfunde aber auch Veränderungen und Verformungen in der natürliche Bodenbeschaffenheit, Höhlen und Spalten aber auch Zeugnisse tierischen und/oder pflanzlichen Lebens aus erdgeschichtlicher Zeit) entdeckt werden. Die Entdeckung von Bodendenkmälern ist der Gemeinde als Untere Denkmalbehörde und/oder dem Westf. Museum für Archäologie/Amt für Bodendenkmalpflege, Außenstelle Olpe (Tel.: 02761/93750 Fax: 02761-2466) unverzüglich anzuzeigen und die Entdeckungstätte mind. 3 Werktage in unverändertem Zustand zu erhalten (§15 u. 16 Denkmalschutzgesetz NRW), falls diese nicht vorher von den Denkmalbehörden freigegeben wird. Der Landschaftsverband Westfalen-Lippe ist berechtigt, das Bodendenkmal zu bergen, auszuwerten und für wissenschaftliche Erforschung bis zu sechs Monaten in Besitz zu nehmen (§16 Abs. 4 DSchG NW).
- Es ist kein relevanter Bergbau dokumentiert. Mit bergbaulichen Auswirkungen ist demnach nicht zu rechnen. Zur weiteren Klärung baulichen Tätigkeiten in diesem Gebiet wird empfohlen, über Bezirksregierung Arnsberg - Abteilung 6 Bergbau und Energie in NRW, Goebenstraße 25, 44135 Dortmund weitere Informationen einzuholen.

Die Planunterlagen (Stand:10.2007) entsprechen den Anforderungen des § 1 der Planzeichenverordnung vom 18.12.1990. Die Festlegung der städtebaulichen Planung ist geometrisch eindeutig.	Dieser Bebauungsplan besteht aus einem Blatt Zeichnung.	Die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 (1) BauGB hat als Besprechungstermin bei der Verwaltung vom 06.12.2007 bis einschließlich 21.12.2007 stattgefunden.	Der Rat der Stadt Hamm hat die gemäß § 3 (2) BauGB erforderliche öffentliche Auslegung dieses Bebauungsplanes mit der Begründung vom 28.01.2008 am 11.03.2008 beschlossen.	Der Rat der Stadt Hamm hat gemäß § 10(2) BauGB zu diesem Bebauungsplan ist durchgeführt worden.	Die in der Verfügung der Bezirksregierung Arnsberg vom 02.09.2008 enthaltenen Nebenbestimmungen sind in dieser Farbe eingetragen. Der Rat der Stadt Hamm ist diesen Nebenbestimmungen durch den Satzungsänderungsbeschluss vom beigetreten.
Hamm, 21.01.2008 gez. Deißler Städt. Vermessungsdirektor	Hamm, 21.01.2008 Der Oberbürgermeister i.A. L.S. gez. Haggoney Ltd. Städt. Baudirektor	Hamm, 21.01.2008 Der Oberbürgermeister i.A. L.S. gez. Haggoney Ltd. Städt. Baudirektor	Hamm, 07.05.2008 Der Oberbürgermeister i.A. L.S. gez. Haggoney Ltd. Städt. Baudirektor	Hamm, 04.09.2008 Der Oberbürgermeister i.A. L.S. gez. Haggoney Ltd. Städt. Baudirektor	Hamm, 14.10.2008 Der Oberbürgermeister i.A. L.S. gez. Haggoney Ltd. Städt. Baudirektor
Für den Entwurf: Hamm, 21.01.2008 gez. Schulze Böing Stadtbaudirektor	Der Rat der Stadt Hamm hat gemäß § 2 (1) BauGB am 04.09.2007 die Aufstellung dieses Bebauungsplanes beschlossen. Die Bekanntmachung des Aufstellungsbeschlusses erfolgte am 24.11.2007.	Der Rat der Stadt Hamm hat mit der Begründung vom 28.01.2008 gemäß § 3 (2) BauGB nach erfolgter Bekanntmachung am 13.03.2008 in der Zeit vom 25.03.2008 bis einschließlich 25.04.2008 öffentlich ausgelegt.	Dieser Bebauungsplan hat mit der Begründung vom 28.01.2008 gemäß § 3 (2) BauGB nach erfolgter Bekanntmachung am 13.03.2008 in der Zeit vom 25.03.2008 bis einschließlich 25.04.2008 öffentlich ausgelegt.	Das Genehmigungsverfahren gemäß § 10(2) BauGB zu diesem Bebauungsplan ist durchgeführt worden.	Die Berechtigung dieses Bebauungsplanes zu jedermanns Einsicht ist gemäß § 10 (3) BauGB am 08.10.2008 ortsüblich bekanntgemacht worden.
Hamm, 21.01.2008 Der Oberbürgermeister i.A. L.S. gez. Haggoney Ltd. Städt. Baudirektor	Hamm, 21.01.2008 Der Oberbürgermeister i.A. L.S. gez. Haggoney Ltd. Städt. Baudirektor	Hamm, 07.05.2008 Der Oberbürgermeister i.A. L.S. gez. Haggoney Ltd. Städt. Baudirektor	Hamm, 07.05.2008 Der Oberbürgermeister i.A. L.S. gez. Haggoney Ltd. Städt. Baudirektor	Hamm, 14.10.2008 Der Oberbürgermeister i.A. L.S. gez. Haggoney Ltd. Städt. Baudirektor	Hamm, 14.10.2008 Der Oberbürgermeister i.A. L.S. gez. Haggoney Ltd. Städt. Baudirektor



Stadt Hamm
Gemarkung Hamm
Flur 11
Maßstab 1:500

Bebauungsplan Nr.03.069
-Bergstraße/Südfeldweg-
1. Änderung und Ergänzung

Rechtsgrundlagen:

§ 7 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO) vom 14. Juli 1994 (GV.NW S. 666/SGV. NW 2023) - in der gegenwärtig geltenden Fassung -

Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 01. Oktober 2004 (BGBl. I S. 2414) i.V.m. der Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (Baunutzungsverordnung - BauNVO -) vom 26. Januar 1990 (BGBl. I S. 132) - jeweils in der gegenwärtig geltenden Fassung -

§ 86 (1) und (4) der Bauordnung für das Land Nordrhein Westfalen (Landesbauordnung - BauO NRW) vom 13. April 2000 (GV.NW.S.255/SGV.NW.232) -in der gegenwärtig geltenden Fassung-

Planzeichenverordnung vom 18. Dezember 1990 (BGBl. I S.58)

Diese Satzung der Stadt Hamm vom 26.09.2008 ist am Tage der ortsüblichen Bekanntmachung ohne Durchführung des Genehmigungsverfahrens gem. § 10 (2) und (3) BauGB am 08.10.2008 in Kraft getreten.